



**Beschluss der Fraktionssommerklausur Bündnis 90/Die Grünen, 17. August 2013**

## **Gezielt investieren und klug konsolidieren: Für eine neue Balance in der Berliner Haushaltspolitik**

Die Haushaltspolitik Berlins bedarf angesichts veränderter Rahmenbedingungen einer Neuausrichtung. Nach dem steinigen, aber in partei- und fraktionsübergreifendem Konsens zurückgelegten Weg des Sparens muss jetzt eine neue Balance zwischen Austerität und Gestaltung gefunden werden. Wir Grüne wollen die unter großen Anstrengungen erzielte Konsolidierungsleistung nicht leichter Hand aufs Spiel setzen, gleichzeitig wollen wir die nötigen Investitionen in die Zukunft unserer Stadt in Angriff nehmen.

In Anbetracht sozialer Schieflagen, einer fortschreitenden Segregation und einer wachsenden Ungleichverteilung von Vermögen und Lebenschancen muss die Frage, wofür wir wieviel Geld ausgeben und woher wir es bekommen wollen, neu gestellt werden. Um den sozialen Zusammenhalt und mehr Chancengerechtigkeit für alle zu gewährleisten braucht Berlin dringend eine echte soziale Wohnungspolitik und eine chancengerechte Bildungspolitik statt rot-schwarzer Lippenbekenntnisse. Notwendig sind gezielte Investitionen in die Energiewende und die öffentliche Daseinsvorsorge. Nach den Jahren des Personalabbaus ist es an der Zeit, eine zukunftsfähige Personalpolitik zu entwickeln, mit der eine Reform der Verwaltung, ihrer Arbeitsprozesse und Entscheidungsstrukturen verbunden sein muss. Dazu gehört eine aufgabenadäquate und am Gleichmäßigkeitsgrundsatz orientierte Finanzierung der Bezirke, mit der das Ausbluten der Verwaltung vor Ort beendet wird.

Zu vielen dieser Themen haben wir schon Konzepte entwickelt und Fraktionsbeschlüsse gefasst. Andere werden wir in dieser Legislatur noch bearbeiten. Auf die drängende Frage der Infra-

strukturinvestitionen und der Schuldentilgung wollen wir in diesem Papier eine erste Antwort geben.

## **Ehrlich währt am längsten**

Klar ist: Haushaltspolitik funktioniert nicht „auf Sicht“. Während der rot-schwarze Senat maximal bis zur nächsten Wahl denkt und der Regierende Bürgermeister allenfalls noch in eigene Denkmäler investieren will, ist für uns der Zeitraum bis zum Jahr 2020 die Richtschnur für unsere Konzepte und Forderungen. Dann tritt die Schuldenbremse in Kraft; dann werden die Karten neu gemischt, was die Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern angeht. Wir sind der Überzeugung, dass Berlin es sich nicht leisten kann, auf dem Weg bis 2020 unnötig Zeit zu verlieren. Nichts geht von heute auf morgen, aber das ist kein Grund, nicht heute damit anzufangen. Auf dem Weg zum strukturellen Haushaltsausgleich bis 2020 halten wir eine jährliche Steigerung der Ausgaben in Höhe der Inflationsrate und etwas mehr für machbar (Korridor 1,5 bis 2 Prozent). Der Zensus ist angesichts der weiter wachsenden Stadt keine Zäsur, die das komplett infrage stellt.

Unsere Berechnungen folgen dem Prinzip der Haushaltswahrheit. Das ist in Berlin keine Selbstverständlichkeit, wie der Finanzsenator leider häufig zeigt. Zuletzt ist überdeutlich geworden, dass Finanzsenator Nußbaum Geldbunker in Milliardenhöhe für sozialdemokratische Klientelpolitik und Wunschprojekte vorhält. Das sprengt jedes Maß. Die erappte SPD nennt das unvermeidlich gewordene Eingeständnis finanzpolitischer Trickserie nassforsch „Offenlegung strategischer Reserven“. Wir Grüne sagen: Das ist weder ehrlich, noch transparent; nicht gegenüber dem Parlament und nicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt.

## **Eckdaten Berliner Haushalt**

Wir halten im Mittel eine jährliche Steigerungsrate von 1,7 Prozent im Berliner Haushalt für möglich. Das sind rund 350 bis 400 Millionen Euro pro Jahr. Es ist aber keineswegs so, dass die Berliner Politik über diese Zuwächse frei verfügen könnte. Als Stadtstaat hat Berlin es mit zwei großen Ausgabenblöcken zu tun, die Länder- und Kommunalhaushalte allgemein kennzeichnen. Landeshaushalte werden von den großen Personalkörpern, wie bei Polizei, Schulen und Finanzämtern, bestimmt. Nach 10 Jahren eingefrorener Gehaltsentwicklung nimmt Berlin jetzt

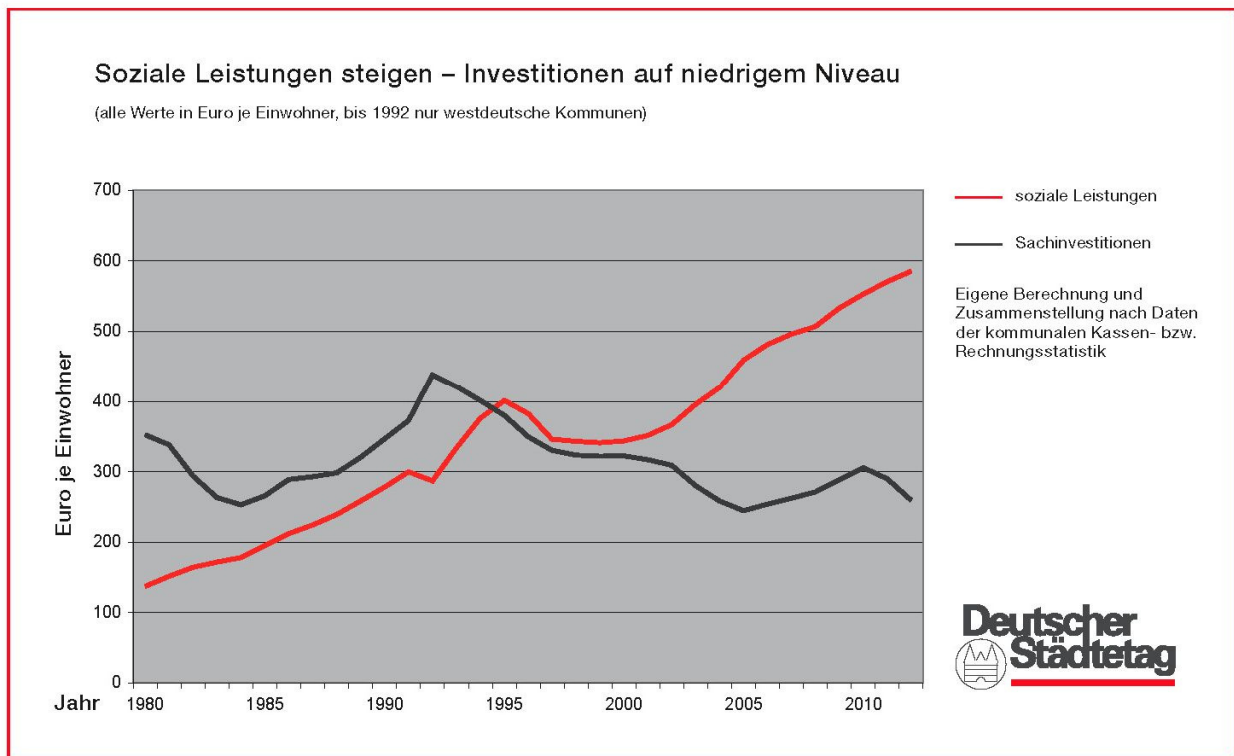
wieder an den bundesweit vereinbarten Tarifsteigerungen teil. Zusammen mit den rechtlich abgesicherten Pensions- und Beihilfeansprüchen der Beamten ist dies ein Kostenblock von 6,8 Milliarden Euro, den Berlin zu Recht nicht nach Gutsherrenart einseitig steuern kann. Die Finanzplanung kalkuliert hier in den nächsten Jahren mit Steigerungsraten von 2,8 Prozent (fast 200 Mio. Euro p. a.).

Bestimmende Größe von Kommunalhaushalten sind die Sozialtransfers, die auf Basis von Bundesgesetzen zu leisten und von den kommunalen „Zahlstellen“ kaum zu steuern sind. In Berlin fallen in diesem Bereich (T- und Z-Teil der Bezirke) rund 5,1 Milliarden Euro jährlich an. Der Deutsche Städtetag kalkuliert, dass diese Ausgaben in den nächsten Jahren um jeweils 2,8 Prozent steigen werden (knapp 150 Mio. Euro p. a.).

Schließlich kommt in Berlin noch der Schuldenberg von 60 Milliarden Euro hinzu, der im Augenblick 2 Milliarden Euro Zinsausgaben nach sich zieht. Die weitere Zinsentwicklung lässt sich von der Berliner Politik im Kern nicht beeinflussen. Die Finanzplanung erwartet derzeit jährliche Steigerungen von 1,5 Prozent (30 Mio. Euro p. a.).

Zusammen sind dies rund 14 Milliarden Euro Ausgaben (knapp 64 Prozent des Haushalts), die die angenommenen verfügbaren Einnahmezuwächse von 350 bis 400 Millionen Euro weitgehend aufzehren.

Für die großen Herausforderungen der Berliner Politik und Zukunftsinvestitionen ist selbst bei starker Bereitschaft zur Umschichtung kaum Platz. Da geht es Berlin nicht anders als anderen Städten und Gemeinden. Eine andere Bundespolitik, die Länder und Kommunen finanziell stärkt, ist notwendig. Nach den grünen Steuervorschlägen würden dem Berliner Haushalt jährlich fast 700 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen, um die dringend notwendigen Investitionen schneller durchführen zu können.



Deutscher Städtetag: Im Blickpunkt. 06/2013.

## Sanierung und ökologische Modernisierung der Infrastruktur

Das rot-schwarze Bündnis in Berlin bezeichnet sich selbst gern als „Infrastrukturkoalition“. Das entspricht nicht der Realität. Berlin investiert zu wenig, Berlin investiert kaum nachhaltig und zudem an den falschen Stellen.

Die Investitionsquote Berlins ist in den letzten Jahren immer weiter gesunken und hat mittlerweile den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung erreicht. Die Finanzplanung sieht 1,4 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen vor. Das sind nur sechs Prozent des Landeshaushalts, denen zehn Prozent Zinsausgaben gegenüberstehen. Auch in der Umsetzung der Vorhaben läuft so einiges schief. Jedes Jahr werden Investitionsmittel in erheblichem Maße nicht ausgeschöpft. Durchschnittlich ein Drittel der veranschlagten Investitionsmittel blieben in den vergangenen Jahren liegen. Ebenso werden die Mittel zum baulichen Unterhalt regelmäßig nicht komplett ausgegeben.

Das Resultat dieser Politik ist eine doppelte Verschuldung an zukünftigen Generationen: Die Zinslasten tragen ohne Altschuldentilgung und anhaltende Konsolidierung noch unsere Kindes-

kinder und obendrein wird ihnen eine marode Infrastruktur vererbt. Der Senat setzt auf Prestigeobjekte, sei es die Autobahn A100 oder der Neubau einer Zentral- und Landesbibliothek. Die baulichen Mängel an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden mehren sich derweil, die Schlaglöcher werden größer. Ein gewisser morbider Charme scheint in das Bild von Klaus Wowereits „Arm-aber-sexy-Berlin“ zu gehören. „Arm“, wenn es um Schulen, Hochschulen und Kitas oder Straßen, Radwege und Gehwege geht. Für „sexy“ hält der Regierende Bürgermeister offenbar eine mindestens 270 Millionen teure Wowereit-Gedächtnisbibliothek. Auch der Rechnungshof kritisiert die Investitionspolitik des rot-schwarzen Senats. Wer die Infrastruktur immer weiter verkommen und den Sanierungsstau fortschreiten lässt, der verschuldet sich ebenso wie bei einer klassischen Kreditaufnahme.

Zudem ist Gebäudesanierung eine Aufgabe, die in besonderer Weise Klima-, Sozial- und Haushaltspolitik verbindet. Sie dient dem Schutz der Umwelt und senkt gleichzeitig nachhaltig die Energiekosten. Umso unverständlicher und skandalöser ist die Untätigkeit des Senats. Der landeseigene Gebäudebestand im Sondervermögen Immobilien des Landes Berlin (SILB) entspricht nicht den aktuellen energetischen Anforderungen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die Energiekosten pro Quadratmeter in landeseigenen Gebäuden 144 Prozent über denen von angemieteten Gebäuden liegen. Das müsste nicht sein. Schon mit einem energetischen Sanierungsprogramm von 83,5 Millionen Euro ließen sich ca. 46 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen des landeseigenen Gebäudebestandes einsparen.

Das zeigt, Berlin braucht dringend eine andere Prioritätensetzung in der Investitionspolitik: weniger Prestigeneubau, mehr Bestandssanierung. Wir wollen den Weg des Bestandserhalts einschlagen. Die Sanierung muss effektiv mit Maßnahmen zur Energieeinsparung und dezentralen Energieerzeugung verknüpft werden. Um dies umzusetzen, haben wir das Konzept eines grünen Klimastadtwerks entwickelt.

Wir wissen natürlich, dass es nicht möglich ist, den Berliner Sanierungsstau von heute auf morgen zu beheben. Das ist ein Grund mehr, die richtigen Prioritäten zu setzen.

## Sanierungstau endlich angehen!

Der Sanierungstau bei Straßen, Radwegen und Gehsteigen hat inzwischen die Dimension von rund 500 Millionen Euro erreicht. Bei einer jährlichen Investitionssumme von 50 Millionen Euro hätte man den derzeitigen Stau innerhalb von 10 Jahren abgebaut. Um das umzusetzen, muss das Schlaglochprogramm beibehalten und die Gelder auch komplett freigegeben werden. Das kann Berlin aus eigener Kraft leisten.

Sehr viel schwieriger sieht es bei den öffentlichen Gebäuden aus. Der Sanierungsbedarf beträgt laut Tagesspiegel mindestens 10 Milliarden Euro, nach unseren Schätzungen liegt er eher bei 13 Milliarden. Darin sind die Kosten von gut 1,5 Milliarden Euro für die Altgebäude in Tempelhof und Tegel, für die Komische Oper, das Marinehaus, die Schwimmbäder und das ICC noch nicht berücksichtigt. Bekanntlich sind diese Schätzungen immer mit großen Unsicherheiten behaftet. Wir rechnen deshalb im Folgenden sehr konservativ mit 12 Milliarden Euro, also am unteren Rand des Vorstellbaren.

Demnach summiert sich der Sanierungstau allein im Bereich öffentlicher Gebäude in Land und Bezirken, Hochschulen und Krankenhäusern auf mindestens 12 Milliarden Euro in Berlin. Der rot-schwarze Doppelhaushaltsentwurf plant in diesem Bereich höchstens 600 Millionen Euro an Ausgaben ein (alle infrage kommenden Mittel für Bauunterhalt, Bauinvestitionen im Haushalt und im Wirtschaftsplan der BIM sowie investive Zuschüsse an Hochschulen, Krankenhäuser und andere).

Damit braucht man 20 Jahre um den Sanierungstau abzubauen. Das ist zu lang!

<b>Sanierungstau öffentliche Gebäude</b> (in Mio. €)	
<b>Landes- und Bezirksgebäude rund</b>	8.000
<b>Krankenhäuser mindestens</b>	2.000
<b>Universitäten ca.</b>	2.000
<b>Gesamt</b>	<b>12.000</b>
<b>Gesamt Jahresmittel</b>	600
<b>Jahre bis zum Abbau</b>	<b>20</b>

Hätte man das Ziel, innerhalb von 10 Jahren den Sanierungsstau abzubauen, müsste man die heutigen Ausgaben verdoppeln und jährlich 1,2 Milliarden Euro investieren. Dies kann der Berliner Landeshaushalt auf der heutigen bundesweiten Steuerbasis definitiv nicht leisten. Wenn wir uns 15 Jahre Zeit nehmen zur Bewältigung des durch die Berliner Regierungen geschaffenen Sanierungsstaus, sind 800 Millionen Euro pro Jahr an Investitionen in den Gebäudebestand nötig, also 200 Millionen Euro mehr als derzeit. Das deckt sich mit der alten grünen Forderung, die Mittel aus dem Konjunkturprogramm der Jahre 2009 bis 2011 (insgesamt 632 Mio. €) zu verstetigen und nicht ersatzlos auslaufen zu lassen. Dass die Berliner Verwaltung eine solche Größenordnung von 200 Millionen Euro pro Jahr auch umsetzen kann, wenn sie sich anstrengt, hat sie in den Jahren der Konjunkturprogramme gezeigt.

Die Ausrede, Sanierung könne nur in Jahren mit großen Haushaltsüberschüssen erfolgen, lassen wir Grüne nicht gelten. Der Erhalt einer funktionierenden Infrastruktur ist schlicht notwendig und Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge.

### **700 Millionen für Berlin aus den größten Einkommen und Vermögen**

Bündnis 90/Die Grünen haben die richtigen Konsequenzen aus der Tatsache gezogen, dass die Städte und Gemeinden bundesweit immer weniger in der Lage sind, die notwendigen Infrastrukturinvestitionen zu leisten. Seit 1990 sind die kommunalen Investitionen um mehr als ein Drittel zurückgegangen. Hilfe des Bundes ist also nötig.

Diese Hilfe lässt sich in der erforderlichen Höhe nicht allein aus Ausgabenkürzungen im Bundeshaushalt und dem Abbau ökologisch schädlicher Subventionen finanzieren. Es sind auch Änderungen bei der Besteuerung von Einkommen und Vermögen nötig. Gleichzeitig ist es gerecht, die in den letzten Jahren entstandene Privilegierung der größten Einkommen, Vermögen und Erbschaften zu beenden.

Im Folgenden Ausführungen und Berechnungen hat uns unsere Bundestagsabgeordnete Lisa Paus (Obfrau von Bündnis 90/Die Grünen im Finanzausschuss) zur Verfügung gestellt. „Das grüne Steuerkonzept ergibt fast 700 Mio. jährliche Mehreinnahmen für Berlin. Sie ergeben sich vor allem aus einer moderat höheren Belastung für die Einkommen und Vermögen der reichsten SteuerzahlerInnen. Vor allem unsere Anhebung des Spitzensteuersatzes für die reichsten 10

Prozent, das Abschmelzen des Ehegattensplittings für die reichsten und besonders einkommensungleichen Ehen und eine Reform der Erbschaftsteuer mit dem Ziel verdoppelter Einnahmen bei der Schonung kleiner Erbschaften bieten eine solide und solidarische Grundlage, um für Berlin 695 Millionen Euro pro Jahr mehr zur Verfügung für dringend nötige Investitionen zu haben.

Dabei sind die grünen Steuervorschläge besonders sensibel für die vielen kleinen und mittelständischen Gewerbetreibenden in Berlin. Traditionscafés profitieren von unseren Plänen für eine europäische Reform der Unternehmensbesteuerung, bei der auch Starbucks seine Gewinne nicht mehr global verrechnen kann, um bei dreistelligen Millionenumsätzen steuerfrei auszugehen.

<b>Für das Jahr 2014 in Mio. Euro</b>	<b>Bundesweit</b>	<b>Berlin</b>
Abbau ökologisch schädlicher Subventionen (z. B. für Dienstwagen)	8.045	5
Unternehmensbesteuerung	-540	-20
Einkommensteuer	13.820	380
<i>Anhebung Spitzensteuersatz</i>	6.400	180
<i>Abschaffung Abgeltungsteuer</i>	1.520	40
<i>Abschmelzen Ehegattensplitting / Einstieg Kindergrundsicherung</i>	7.900	220
<i>Anhebung Grundfreibetrag 8712 €</i>	-2.000	-60
Mehrwertsteuer	3.395	90
Erbschaftsteuer	4.500	240
Einsparungen Bundeshaushalt	3.000	
<b>Summe</b>	<b>32.220</b>	<b>695</b>

Abweichungen in den Summen durch Rundungen möglich (Lisa Paus, MdB)“

Mehr Steuergerechtigkeit, mehr sozialer Zusammenhalt, Spielraum für Investitionen in Klimaschutz, Infrastruktur und Bildung sowie Schuldenabbau: Das sind die Ziele der grünen Vorschläge zur Steuerreform, von denen auch Berlin profitieren soll.



## **Altschuldentilgungsfonds für Länder und Kommunen**

Berlin ist nicht allein. Auch viele andere Länder und Kommunen können notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz nicht mehr leisten, da Tilgung und Zinslast die Haushalte belasten. Und auch die Schulden des Bundes sind auf Dauer untragbar hoch.

Deshalb schlagen Bündnis 90/Die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm zwei Maßnahmen zur aktiven Tilgung von Altschulden vor. Erstens soll eine Vermögensabgabe, die eine Substanzbesteuerung von Betriebsvermögen konsequent vermeidet, 100 Milliarden Euro für den Schuldenabbau erbringen. Zweitens wollen wir nach Auslaufen des Solidaritätszuschlages Ost im Rahmen einer Föderalismuskommission III eine neue gesetzliche Grundlage für die Erhebung eines Zuschlages auf die Einkommensteuer erarbeiten. Ziel ist es, einen Altschuldentilgungsfonds aufzubauen, der Länder und Kommunen, egal ob in Ost oder West, Nord oder Süd, deutlich entlastet und damit zur stärkeren Handlungsfähigkeit vor Ort beitragen.

Berlin hat angesichts eines Schuldenstands von über ca. 18.500 Euro pro Einwohner gegenüber einem Länderdurchschnitt von 8.500 Euro pro Kopf ein besonderes Interesse, dass eine aktive Schuldenreduzierung zustande kommt. Doch setzt Erfolg in dieser Frage, wie bei anderen Themen der Föderalismuskommission III, auf Berliner Seite zweifellos voraus, dass Berlin vorbildlich wirtschaftet, seine Hausaufgaben macht und anders als in der letzten Föderalismuskommission ernsthaft und konstruktiv mitarbeitet.

## **Die Bundestagswahl stellt Weichen**

Das Ergebnis der Bundestagswahl wird erheblichen Einfluss auf die Finanzausstattung von Ländern und Kommunen haben. Das Ausbluten von Kommunal- und Länderhaushalten muss ein Ende haben. Mit einer grünen Regierungsbeteiligung im Bund würden sich auch in Berlin die Rahmenbedingungen für eine solide Haushaltspolitik erheblich verbessern.

Insbesondere eine funktionierende, moderne und ökologische Infrastruktur ist grundlegend für eine Stadt wie Berlin. Wie lange es am Ende dauert, dieses Ziel zu erreichen, hängt neben einer vernünftigen Politik auf Landesebene auch davon ab, wie die Finanzaufteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen zukünftig gestaltet sein wird. Die Entscheidung darüber treffen am 22. September die Wählerinnen und Wähler: Wer starke Länder und Kommunen will, muss GRÜN wählen.